



Regierungsratsbeschluss vom 22. September 2026

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Hisbollah-Verbot:
Änderung des Bundesgesetzes über das Verbot der Hamas sowie verwand-
ter Organisationen; Vernehmlassung

P260933

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die vorgeschlagene Änderung des Bundesgesetzes über das Verbot der Hamas, wonach künftig auch die Hisbollah sowie deren Tarn- und Nachfolgeorganisationen und Organisationen oder Gruppierungen, die im Auftrag oder im Namen der Hisbollah handeln, verboten werden sollen. Gleichzeitig erachtet er eine Anpassung von Artikel 74 des Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst als den sachgerechteren und nachhaltigeren Ansatz, um künftige Organisationsverbote systematisch und ohne den Erlass weiterer Spezialgesetze zu regeln. Die entsprechenden Bestrebungen auf parlamentarischer Ebene begrüsst er deshalb ausdrücklich.

